

Amt, Datum, Telefon

500 Amt für soziale Leistungen - Sozialamt, 24.06.2013,
51-2616

Drucksachen-Nr.

5958/2009-2014

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Haupt- und Beteiligungsausschuss	11.07.2013	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Geänderter Beschlussvorschlag zu Drucks.-Nr. 5741/2009-2014 (SGA) und 5754/2009-2014 (JHA) "Leistungsverträge ab 2014" für die gemeinsame Sondersitzung von SGA und JHA am 18.06.2013

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

SGA/JHA 10.04.2013, TOP 2, Drucks.-Nr. 5519/2009-2014
HBetA 16.05.2013, TOP 10, Drucks.-Nr. 5695/2009-2014
SGA 14.05.2013, TOP 5.1, Drucks.-Nr. 5741/2009-2014
JHA 05.06.2013, TOP 4.2, Drucks.-Nr. 5754/2009-2014
SGA/JHA 18.06.2013, TOP 4.3, Drucks.-Nr. 5926/2009-2014

Sachverhalt:

In einer gemeinsamen Sondersitzung von Sozial- und Gesundheitsausschuss (Drucks.-Nr. 5741/2009-2014) und Jugendhilfeausschuss (Drucks.-Nr. 5754/2009-2014) am 18.06.2013 wurden über die genannten Anträge in der Form eines Änderungsantrages (Drucks.-Nr. 5926/2009-2014) widersprechende Beschlüsse gefasst. Der Änderungsantrag ist als Anlage beigelegt.

SOZIAL- UND GESUNDHEITSAUSSCHUSS

Auszug

aus der noch nicht unterzeichneten Niederschrift
der Sitzung vom 18.06.2013

**Zu Punkt 4.3
(öffentlich)**

Leistungsverträge ab 2014 (Antrag der SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- und FDP-Fraktionen vom 14.05.2013)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5741/2009-2014 (Antrag im SGA)

5754/2009-2014 (Antrag im JHA)

5926/2009-2014 (Änderungsantrag zu

Drucks.-Nr. 5741/2009 und 5754/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist die Anwesenden darauf hin, dass zu den Drucksachen 5741/2009-2014 und 5754/2009-2014 in der Form eines Änderungsantrages ein geänderter Beschlussvorschlag vorliege. Die Änderungen seien

- a) überwiegend nur redaktionell.
- b) inhaltlich nur in Punkt 12 geändert.
- c) rot geschrieben zur besseren Vergleichbarkeit.

Herr Dr. Schmitz stellt den Antrag, die Beschlussfassung erneut zu vertagen und über den Änderungsantrag in einer dritten Lesung zu entscheiden.

Vorsitzende Frau Schrader lässt den Sozial- und Gesundheitsausschuss über den Antrag von Herrn Dr. Schmitz abstimmen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird erneut vertagt und über den Änderungsantrag, Drucks-Nr. 5926/2009-2014, wird in einer dritten Lesung entschieden.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Vorsitzende Frau Schrader lässt den Sozial- und Gesundheitsausschuss über die Drucksache 5926/2009-2014 abstimmen.

Beschluss:

In Ausführung bzw. zur Konkretisierung des SGA-Beschlusses vom 10. 04. 2013 wird das Budget folgender Leistungsverträge ab dem 01. 01. 2014 um folgende Summen reduziert:

1. Der Leistungsvertrag im Bereich des Gesundheitsamtes mit der Hedwig-Dornbusch-Schule um 5.000 €
2. Die Leistungsverträge im Bereich des Amtes für Integration um 14.900 €. Es wird erwartet, dass durch die Verwaltung eine ausgewogene Kürzung unter Einbeziehung aller Vertragspartner erfolgt. Die Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Vorlage zur nächsten Sitzung des zuständigen Haupt- und Beteiligungsausschusses vorzulegen.
3. Wegfall der Finanzierung für Information, Vernetzung, Beratung und Vertretung der Mitgliedsorganisationen beim **Paritätischen** in Höhe von 14.600 €
4. Reduzierung **des Leistungsvertrages** der Bürgerwache um 5.000 €
5. Streichung der jeweils neu zu vergebenden Projektmittel für

Seniorenarbeit in Höhe von 13.000 €

6. **Reduzierung** der Mittel für Seniorenarbeit bei der Gesellschaft für Sozialarbeit in Höhe von: 28.800 €
7. Reduzierung des Leistungsvertrages bei der Drogenberatung um 50.000 €
8. Reduzierung des städtischen Finanzierungsanteils beim Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen **um 25.000 €** aufgrund anzunehmender Ausschreibungseffekte und **ggf.** Einführung einer geringen Eigenbeteiligung
9. Einführung einer neuen Förderung bei den Betreuungsvereinen auf ein Zwei-Säulen-Modell in Form einer Basisförderung und gezielter Förderung der Gewinnung ehrenamtlicher Tätigkeit. Reduzierung **des Leistungsvertrages** um 50.000 €
10. Reduzierung des Angebotes an Erziehungs- und Familienberatungsstellen auf das empfohlene Niveau des **Bundes**.
Insgesamt erfolgt eine Reduzierung von ca. 150.000 € kommunaler Mittel (bei der Arbeiterwohlfahrt um ca. 62.000 €, bei der Diakonie für Bielefeld um ca. 56.000 € sowie bei der Gesellschaft für Sozialarbeit um ca. 32.000 €).
11. Reduzierung des Leistungsvertrages mit dem Bunker Ulmenwall um 25.000 €
12. **Abbau einer ¾-Stelle bei der Schulsozialarbeit der Hauptschule Lutherschule zum Beginn der Herbstferien 2014, da die Schule zum 31.07.2014 geschlossen wird. Die Zeit bis zum Beginn der Herbstferien soll für die Begleitung des Überganges der Schülerinnen und Schüler zu anderen Schulen dienen.**
Finanzeffekt: ca. 15.000 € in 2014.
13. Reduzierung der Offenen Kinder - und Jugendarbeit um je eine halbe Fachkraftstelle in den JZ Kamp und Luna sowie in den FZZ Stieghorst und Baumheide. Finanzeffekt: 100.000 €

- mit Mehrheit beschlossen -

Da einige stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bei einzelnen Punkten des Antrages befangen sind, wird über jeden Punkt einzeln abgestimmt.

Folgende Mitglieder sind befangen und stimmen bei den aufgeführten Punkten nicht mit:

Ziff. 2 => Herr Potschies

Ziff. 8 => Herr Beimdiek

Ziff. 9 => Herr Potschies
Ziff. 12 => Herr Potschies
Ziff. 13 => Herr Bauer und Herr Potschies

Vorsitzende Frau Weißenfeld lässt den Jugendhilfeausschuss über die Drucksache 5926/2009-2014, unter Berücksichtigung der Befangenheit einzelner Mitglieder, abstimmen.

Beschluss:

In Ausführung bzw. zur Konkretisierung des SGA-Beschlusses vom 10. 04. 2013 wird das Budget folgender Leistungsverträge ab dem 01. 01. 2014 um folgende Summen reduziert:

1. Der Leistungsvertrag im Bereich des Gesundheitsamtes mit der Hedwig-Dornbusch-Schule um 5.000 €
2. Die Leistungsverträge im Bereich des Amtes für Integration um 14.900 €. Es wird erwartet, dass durch die Verwaltung eine ausgewogene Kürzung unter Einbeziehung aller Vertragspartner erfolgt. Die Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Vorlage zur nächsten Sitzung des zuständigen Haupt- und Beteiligungsausschusses vorzulegen.
3. Wegfall der Finanzierung für Information, Vernetzung, Beratung und Vertretung der Mitgliedsorganisationen beim **Paritätischen** in Höhe von 14.600 €
4. Reduzierung **des Leistungsvertrages** der Bürgerwache um 5.000 €
5. Streichung der jeweils neu zu vergebenden Projektmittel für Seniorenarbeit in Höhe von 13.000 €
6. **Reduzierung** der Mittel für Seniorenarbeit bei der Gesellschaft für Sozialarbeit in Höhe von: 28.800 €
7. Reduzierung des Leistungsvertrages bei der Drogenberatung um 50.000 €
8. Reduzierung des städtischen Finanzierungsanteils beim Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen **um 25.000 €** aufgrund anzunehmender Ausschreibungseffekte und **ggf.** Einführung einer geringen Eigenbeteiligung
9. Einführung einer neuen Förderung bei den Betreuungsvereinen auf ein Zwei-Säulen-Modell in Form einer Basisförderung und gezielter Förderung der Gewinnung ehrenamtlicher Tätigkeit. Reduzierung **des Leistungsvertrages** um 50.000 €

10. Reduzierung des Angebotes an Erziehungs- und Familienberatungsstellen auf das empfohlene Niveau des Bundes.

Insgesamt erfolgt eine Reduzierung von ca. 150.000 € kommunaler Mittel (bei der Arbeiterwohlfahrt um ca. 62.000 €, bei der Diakonie für Bielefeld um ca. 56.000 € sowie bei der Gesellschaft für Sozialarbeit um ca. 32.000 €).

11. Reduzierung des Leistungsvertrages mit dem Bunker Ulmenwall um 25.000 €

**12. Abbau einer $\frac{3}{4}$ -Stelle bei der Schulsozialarbeit der Hauptschule Lutherschule zum Beginn der Herbstferien 2014, da die Schule zum 31.07.2014 geschlossen wird. Die Zeit bis zum Beginn der Herbstferien soll für die Begleitung des Überganges der Schülerinnen und Schüler zu anderen Schulen dienen.
Finanzeffekt: ca. 15.000 € in 2014.**

13. Reduzierung der Offenen Kinder - und Jugendarbeit um je eine halbe Fachkraftstelle in den JZ Kamp und Luna sowie in den FZZ Stieghorst und Baumheide. Finanzeffekt: 100.000 €

- jeder einzelne Punkt mit Mehrheit abgelehnt -

Gemäß § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung hat der Haupt- und Beteiligungsausschuss die Arbeiten aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen. Bei widersprechenden Beschlüssen von Ausschüssen entscheidet der Haupt- und Beteiligungsausschuss.

Beigeordneter

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Kähler